

# EU-Nachrichten 6 2016

## KURZ & KNAPP

### Datenschutz 3

Grünes Licht für einheitliche Regeln

### IM FOKUS

### Kampf gegen Steuervermeidung 4

Mehr Transparenz in die Bilanzen bringen

### Ein- und Ausreise 5

Neue Datenbank soll Passkontrollen einfacher und effizienter machen

## BESUCH IM IRAN

### Kommission will bilaterale Beziehungen beleben

Die Europäische Kommission bemüht sich darum, zwischen der EU und dem Iran wieder engere Beziehungen zu knüpfen. Zu diesem Zweck reisen die EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin, Federica Mogherini, und sieben weitere Kommissarinnen und Kommissare am 16. April nach Teheran. Die hochrangige Delegation will ausloten, in welchen Bereichen eine Annäherung und eine Zusammenarbeit möglich sind. In Betracht kommen etwa Wirtschaftsbeziehungen, Energie, Umwelt, Migration, Kampf gegen Drogenhandel, humanitäre Hilfe, Verkehr, Katastrophenschutz, Wissenschaft und Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung der Kernenergie sowie Kultur.

Der Besuch folgt auf die Vereinbarung eines Aktionsplans im Juli 2015 in Wien, der Chancen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Iran eröffnete. Diese hatten sich durch UN-Sanktionen gegen den Iran seit 2006 stark reduziert.

[https://ec.europa.eu/germany/news/hochrangige-eu-delegation-reist-den-iran\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/hochrangige-eu-delegation-reist-den-iran_de)



Die EU-Kommission wünscht sich einen einheitlichen Umgang mit Schutzsuchenden und strebt auch mehr Solidarität und Fairness bei deren Versorgung an.

## OPTIONEN ZUR REFORM DES EU-ASYLRECHTS

### Fairere Lastenteilung angestrebt

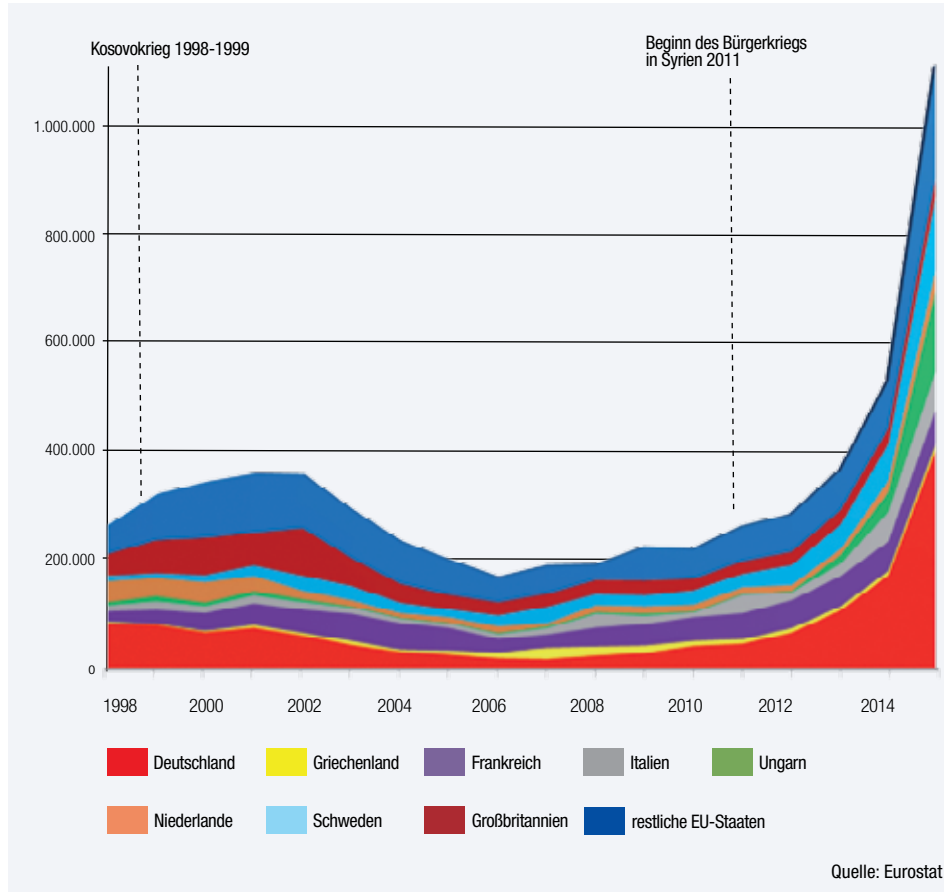
Menschen, die in der EU Schutz suchen, sollen möglichst in allen Staaten gleiche Aufnahmebedingungen vorfinden. Sie sollen auch fairer auf die Mitgliedstaaten verteilt werden, wo ihre Asylanträge nach einheitlichen Regeln geprüft werden. Eine Strategie, wie das durch eine Reform des EU-Asylrechts erreicht werden kann, hat die EU-Kommission präsentiert.

> „Unser gegenwärtiges Konzept ist nicht zukunftsfähig“, sagte der Erste Kommissionsvizepräsident, Frans Timmermans. „Unterschiedliche nationale Herangehensweisen fördern das ‚Asylshopping‘ und die irreguläre Migration, während die Dublin-Regeln einigen wenigen Mitgliedstaaten zu viel Verantwortung aufbürden, wie die aktuelle Krise zeigt.“ Zudem legte die Kommission eine Strategie für eine besser gesteuerte legale Zuwanderung vor.

Zwei Wege bringt die Kommission in ihrem Papier, das politische Optionen aufzeigt und noch keine Gesetzesvorschläge enthält, ins Spiel. Einmal die prinzipielle Beibehaltung des

derzeitigen Systems der Dublin-Verordnung, wonach grundsätzlich der Mitgliedstaat einen Asylantrag bearbeiten muss, in dem ein Schutzsuchender zuerst EU-Boden betritt. Ist in solchen Staaten – etwa Griechenland oder Italien – eine festgelegte Zahl von Asylbewerbern erreicht, sollen weitere Schutzsuchende auf andere Mitgliedstaaten verteilt werden. Das von Timmermans „Dublin Plus“ genannte System wäre eine dauerhafte Festschreibung des 2015 von den EU-Staaten mehrheitlich akzeptierten Krisenmechanismus, mit dem 160.000 Menschen umverteilt werden sollen – bisher wurden Griechenland und Italien aber nur 1.145 Flüchtlinge abgenommen. >>

## IN EUROPA GESTELLTE ASYLGESUCHE VON 1998 BIS 2015



und den Migranten eine Alternative zu bieten, damit sie nicht ihr Leben aufs Spiel setzen. Seit dem 4. April wird der Pakt angewendet. Seitdem wurden laut Kommission 325 Menschen in die Türkei zurückgebracht und 79 Syrer kamen im Gegenzug in die EU: 37 davon nach Deutschland, 31 in die Niederlande und 11 nach Finnland.

Seit Schutzsuchende nicht mehr nach Nord- und Westeuropa „durchgewunken“ werden, ist die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge gesunken. Im November wurden laut Bundesregierung noch 206.000 Asylsuchende registriert, im Februar waren es 61.428 und im März noch 20.000.

### Legale Zuwanderung ermöglichen

Timmermans betonte, noch lange würden wegen Globalisierung, Klimawandel, Krieg und Unruhen Menschen aus aller Welt versuchen, in die EU einzuwandern, nicht nur als Flüchtlinge, sondern auch auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Die Kommission wolle deshalb weiter an Wegen für eine gesteuerte, legale Zuwanderung arbeiten. „Europa braucht qualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Ländern, um wirtschaftlich weiter zu wachsen“, sagte auch EU-Innen- und Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos. Überarbeitet werden soll deshalb etwa die Richtlinie für die „Blaue Karte“, mit der hochqualifizierte Arbeitnehmer aus Drittstaaten in die EU kommen können. Zudem will die Kommission das Programm, mit dem über 20.000 Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten Syriens, die von der UN als schutzbedürftig eingestuft sind, in der EU angesiedelt werden sollen, zu einem „strukturierten System für die Neuansiedlung“ ausbauen. Legislative Vorschläge sind bis zum Sommer geplant. (frh) >

[https://ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-schl%C3%A4gt-reform-des-europ%C3%A4ischen-asylsystems-vor\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-schl%C3%A4gt-reform-des-europ%C3%A4ischen-asylsystems-vor_de)

### Asylrecht ist nicht verhandelbar

Die EU-Staaten haben die gemeinsame rechtliche und moralische Verpflichtung, Menschen Schutz zu gewähren, die vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen. Das hat der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans unterstrichen. „Das Asylrecht ist nicht verhandelbar“, sagte er. In den Nachbarstaaten von Syrien machten Flüchtlinge inzwischen teils bis zu einem Viertel der Bevölkerung aus. Auch die Europäer müssten ihren Beitrag leisten.

>> Als andere Option schlägt die Kommission vor, die Ankömmlinge direkt nach einem Schlüssel auf die EU-Staaten zu verteilen, wo ihre Asylanträge bearbeitet würden. Dieser Schlüssel soll Größe, Wirtschaftskraft und Aufnahme-fähigkeit der einzelnen Staaten berücksichtigen. Schutzsuchende, die Verwandte oder besondere Verbindungen in der EU haben oder Visa bzw. andere Aufenthaltspapiere für bestimmte Staaten besitzen, sollen vorrangig dorthin geschickt werden. Die Kommission möchte auch das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) mit neuen Rechten und Kapazitäten ausstatten, damit es bei der Verteilung helfen und die Einhaltung der EU-Asylvorschriften in den Mitgliedstaaten überwachen kann.

### Kein eigenmächtiges Weiterreisen

Ferner bringt sie ins Gespräch, die Asylverfahrens- und die Anerkennungsrichtlinie durch zwei überall gleich verbindliche EU-Verordnungen zu ersetzen und die Richtlinie über Aufnahmebedingungen zu ändern, um für einheitlichere Bedingungen zu sorgen.

„Wer Anspruch auf Schutz hat, muss diesen weiterhin erhalten und sollte nicht darauf an-

gewiesen sein, sein Leben zu riskieren und sein Schicksal Schleusern anzuvertrauen“, betonte der Erste Kommissionsvizepräsident. Aber „Asyl geht nicht einher mit Freizügigkeit“, unterstrich er zugleich. Die Flüchtlinge könnten sich nicht aussuchen, in welchem EU-Land sie bleiben wollen. Ihr Anspruch auf Unterstützungsleistungen sollte künftig noch stärker an den Mitgliedstaat gekoppelt sein, der für ihren Schutz zuständig ist. Wer unerlaubt in andere EU-Länder weiterreist, soll Ansprüche verlieren, unter anderem das Recht, nach fünf Jahren Aufenthalt ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu bekommen. Bei jeder unerlaubten Grenzübergangung soll die Wartezeit dafür wieder von vorn beginnen, schlägt die Kommission vor.

Für mehr Ordnung in der Flüchtlingspolitik soll auch der Pakt der EU mit der Türkei sorgen, demzufolge alle Flüchtlinge, die irregulär aus der Türkei auf die griechischen Inseln kommen, wieder in die Türkei zurückgebracht werden. Für jeden Syrer, der von der Türkei wieder aufgenommen wird, wird ein Syrer aus der Türkei neu in der EU angesiedelt – in einem legalen Verfahren. Oberstes Ziel des Abkommens ist es, das Geschäftsmodell der Schleuser zu zerschlagen

## GESETZGEBER GEBEN GRÜNES LICHT

**Die EU bekommt einheitliche Datenschutzregeln**

In der EU werden erstmals einheitliche Datenschutzregeln eingeführt. Daran müssen sich auch alle Akteure aus Drittstaaten halten, die Geschäfte in der EU tätigen. Nach den Mitgliedstaaten hat nun auch das Europäische Parlament eine Datenschutzgrundverordnung sowie eine Richtlinie zum Datenschutz bei Polizei und Justiz abschließend gebilligt. Angewendet werden müssen die neuen Regeln nach einer Übergangszeit von zwei Jahren. „Die neuen Regeln werden dafür sorgen, dass das Grundrecht auf den Schutz persönlicher Daten für alle garantiert ist“, erklärten die Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans und Andrus Ansip sowie Justizkommissarin Věra Jourová. So sollen Unternehmen, die Daten für einen bestimmten Zweck bekommen, diese nicht ungefragt weitergeben oder sie für andere Zwecke nutzen dürfen. Verstoßen sie gegen die EU-Verordnung, werden Bußgelder von

bis zu vier Prozent ihres weltweiten Jahresumsatzes fällig. Der Verbraucher muss der Nutzung seiner Daten ausdrücklich zustimmen. Kinder und Jugendliche brauchen eine Zustimmung der Eltern.

Das Parlament nahm außerdem abschließend eine Richtlinie an, die Fluggesellschaften verpflichtet, den Mitgliedstaaten bestimmte Daten von Flugpassagieren zu übermitteln, die aus Drittstaaten kommen oder dorthin reisen. Die Richtlinie legt auch fest wie lange und in welcher Form diese Daten gespeichert werden dürfen.

■ [http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-16-1403\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-16-1403_en.htm)



## ERINNERUNG AN VERSTORBENE MINISTER

**Juncker würdigt Verdienste um europäische Integration**

Die EU hat den beiden kürzlich verstorbenen früheren deutschen Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Guido Westerwelle viel zu verdanken. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker würdigte den Einsatz der FDP-Politiker für die europäische Integration. Der am längsten amtierende Bundesaußenminister Genscher habe schon früh die Chancen der Entspannungspolitik zwischen Ost und West für ein Zusammenwachsen des geteilten Kontinents erkannt und genutzt. „Es ist auch seinem Wirken zu verdanken, dass wir heute eine Europäische Union der 28 sind“, sagte Juncker. Die Krisen der vergangenen Jahre hätten Genscher in seinem Einsatz für die EU noch bestärkt. „Zu Recht hat er uns immer wieder daran erinnert, dass sich in einer globalisierten Welt, die immer enger zusammenrückt, ein auseinander driftendes Europa dem Strom der Geschichte widersetzen würde.“

Auch für Westerwelle sei die europäische Integration eine Herzensangelegenheit gewesen. „Europa war für ihn nicht eine gehobene Freihandelszone, nicht ein Warenbinnenmarkt“, sagte Juncker. „Europa war für ihn viel mehr, nämlich eine Wertegemeinschaft: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Werte der Aufklärung und der Friedensrevolutionen im ausgehenden 20. Jahrhundert bildeten für ihn den normativen Kern der europäischen Gesellschaften.“

■ [https://ec.europa.eu/germany/news/juncker-genscher-hat-viel-f%C3%BCr-uns-europ%C3%A4er-erreicht\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/juncker-genscher-hat-viel-f%C3%BCr-uns-europ%C3%A4er-erreicht_de)

## EU-BERICHT ZUR KERNENERGIE

**Gesprächsgrundlage für eine fundierte öffentliche Diskussion**

Welche Investitionen in der EU notwendig sind, um die Sicherheit von Atomkraftwerken zu verbessern, hat die EU-Kommission in einem „hinweisenden Nuklearprogramm (PINC)“ beschrieben, das sie den Mitgliedstaaten jetzt vorlegte. In dem Bericht wird auch geschätzt, wieviel Geld für die Stilllegung von AKW und für die Entsorgung von Atommüll benötigt wird. Ein Ziel war es, Lehren aus dem Unfall von 2011 in Fukushima zu ziehen. Die Kommission will damit eine Gesprächsgrundlage in der öffentlichen Debatte über Kernenergie schaffen.

„Das hinweisende Nuklearprogramm bietet erstmalig einen Überblick über alle Investitionsaspekte der Kernenergie in einem einzigen Dokument“, sagte EU-Energiekommissar Miguel Arias Cañete. Es solle erreicht werden, dass Wissen über den sicheren Betrieb von Kernkraftwerken nicht in jedem Mitgliedstaat separat erarbeitet werden muss. In der EU gibt es derzeit 129 Kernkraftanlagen in 14 Ländern. 89 AKW in der EU sind nicht mehr in Betrieb, von diesen sind bisher drei vollständig stillgelegt. Zehn Länder planen derzeit neue AKW. Die Kommission empfiehlt den Mitgliedstaaten auch, ihr geplantes Kernenergie-Abkommen mit Drittstaaten vorab vorzulegen. Die Prüfung, ob die Verträge im Einklang mit Euratom-Vorschriften stehen, könne spätere Verzögerungen vermeiden helfen.

■ [https://ec.europa.eu/germany/news/kommission-ver%C3%B6ffentlicht-bericht-zur-kernenergie-der-eu\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/kommission-ver%C3%B6ffentlicht-bericht-zur-kernenergie-der-eu_de)

## DROGENHANDEL IN DER EU

**Bericht analysiert neue Trends und Gefahren**

Mindestens 24 Mrd. Euro geben Europäerinnen und Europäer schätzungsweise jährlich für illegale Drogen aus. Das geht aus dem von Europol und der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht veröffentlichten Jahresbericht 2016 über die Drogenmärkte in der EU hervor. In dem Bericht werden unter anderem neue Methoden, Transportrouten und Strategien analysiert, derer sich kriminelle Organisationen bedienen, die mit dem Drogenhandel Geld verdienen. So heißt es zum Beispiel, dass der Heroinhandel über den südlichen Kaukasus zunimmt, oder dass Drogenhändler immer stärker über ethnische und geografische Grenzen hinweg Verbindungen knüpfen. Darüber hinaus bieten jüngste Entwicklungen auf den Internetmärkten – wie das Darknet, Anonymisierungssoftware und Kryptowährungen – neue Möglichkeiten für die Online-Drogenbeschaffung.

„Heutzutage wissen sich Drogenstraftäter den weltweiten Strom von Waren und Menschen sowie die Verkehrsströme schnell zunutze zu machen“, sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos. Der Bericht listet auch Ideen auf, wie ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene dazu beitragen kann, den illegalen Drogenhandel zu bekämpfen, und er enthält Empfehlungen, die in künftige Strategien einfließen können.

■ [https://ec.europa.eu/germany/news/europ%C3%A4er-geben-24-milliarden-euro-j%C3%A4hrlich-f%C3%BCr-illegale-drogen-aus\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/europ%C3%A4er-geben-24-milliarden-euro-j%C3%A4hrlich-f%C3%BCr-illegale-drogen-aus_de)



## Mehr Licht in die Bilanzen bringen



Die Öffentlichkeit habe genug von dubiosen Geschäftspraktiken zur Steuervermeidung, sagte EU-Kommissar Moscovici.

> „Die Bekämpfung der Steuervermeidung gehört zu den wichtigsten Anliegen dieser Kommission“, sagte Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. „Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Finanzämtern muss Hand in Hand gehen mit öffentlicher Transparenz“. Dass die Großunternehmen dem Finanzamt ihres Sitzlandes länderspezifische Bilanzen nach OECD-Standard vorlegen müssen, hat die Kommission bereits im Januar vorgeschlagen, und die EU-Finanzminister haben das politisch unterstützt. Die Finanzämter sollen die Informationen dann austauschen. Mit ihrem jüngsten Vorschlag zur Änderung der EU-Rechnungslegungsrichtlinie will die Kommission nun auch dafür sorgen, dass diese Informationen veröffentlicht werden. Geschäftsgeheimnisse blieben aber angemessen gewahrt, sagte Dombrovskis.

### Lehren aus „Panama-Papieren“ ziehen

Die neuen Berichtspflichten würden insgesamt rund 6.000 Unternehmen betreffen, rund 1.200 davon sind deutsche Firmen. Die jüngst unter dem Namen „Panama Papers“ bekannt gewordenen Enthüllungen über dubiose Geschäfte und Steuervermeidung durch Briefkastenfirmen in Steueroasen wie Panama und den Britischen Jungferninseln sind zwar nicht der Grund, warum die EU-Kommission ihre Gesetzesvorschläge jetzt vorgelegt hat, aber der für Steuern zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici sieht sich dadurch in seinem Kurs bestätigt. Wie viele Menschen sei er „wü-

tend“ über die ans Licht gebrachten Praktiken. Die Öffentlichkeit und die Kommission hätten genug von Steuerhinterziehung. „Wir müssen das politische Momentum nutzen und weiter handeln“, sagte Moscovici. Mit den neuen Vorschlägen werde in der EU für Ordnung gesorgt. „Wir gehen mit gutem Beispiel voran“, unterstrich er.

Die EU werde nicht nachlassen, auch Druck auf den Rest der Welt auszuüben, damit Steuerschlupflöcher möglichst überall geschlossen werden. Im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und im Kreis der zwanzig größten Wirtschaftsnationen (G-20) werde sich die EU dafür einsetzen, dass Konsequenzen aus den „Panama Papers“ gezogen werden. In Europa habe die EU Abkommen über Steuertransparenz mit der Schweiz, Liechtenstein, Andorra und San Marino abgeschlossen und eines mit Monaco solle bald folgen, sagte Moscovici.

Die jüngsten Initiativen der Kommission sind nicht die ersten im Kampf gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung. Erst Ende Januar hat sie zwei Gesetzesvorschläge sowie Empfehlungen zum Umgang mit Niedrigsteuerländern vorgelegt. So sollen mit einer neuen EU-Richtlinie einigen der gebräuchlichsten Tricks zur Steuervermeidung, die von den OECD-Ländern und den EU-Mitgliedstaaten identifiziert wurden, Riegel vorgeschoben werden. (Siehe EU-Nachrichten vom 4. Februar).

Im Kampf gegen Steuervermeidung und Gewinnverlagerung sollen Großkonzernen in der EU neue Berichtspflichten auferlegt werden. Nach einem Vorschlag der EU-Kommission müssen die Unternehmen künftig auf ihrer Website veröffentlichen, wo sie welche Gewinne erzielen und wie viel Steuern sie in jedem Mitgliedstaat zahlen, in dem sie Geschäfte machen. Diese länderspezifische Berichterstattung soll auch für Steueroasen gelten. Welche Länder das sind, will die Kommission mithilfe einer EU-weiten Schwarzen Liste festschreiben. Für alle übrigen Drittstaaten sollen aggregierte Daten veröffentlicht werden. Die neuen Berichtspflichten sollen ohne Ausnahme für alle Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz über 750 Mio. Euro gelten.

Schwarze Listen, Druck auf Steueroasen und ein möglichst weitgehender internationaler Informationsaustausch über Steuerdaten sind auch Elemente des Zehn-Punkte-Plans, den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble als Reaktion auf die Panama Papiere vorgelegt hat. Mit diesem Plan will Schäuble weitere internationale Diskussionen anstoßen. Die Bundesregierung tritt etwa für weltweite Register der wirtschaftlich Berechtigten von Firmen ein, um die Hintermänner von Unternehmenskonstruktionen transparenter zu machen. Schäuble verwies darauf, dass ein solches Register für die EU-Staaten bereits vereinbart worden sei und in Deutschland bald eingeführt werde. (frh/ste) >

[https://ec.europa.eu/germany/news/europ%C3%A4ische-kommission-will-steuerzahlungen-von-multinationalen-unternehmen-transparenter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/europ%C3%A4ische-kommission-will-steuerzahlungen-von-multinationalen-unternehmen-transparenter_de)

### MwSt-System soll moderner werden

Milliardensummen gehen den EU-Staaten jedes Jahr durch Mehrwertsteuerbetrug verloren. Die EU-Kommission sieht auch wegen des zunehmenden Online-Handels dringenden Bedarf, das Jahrzehnte alte MwSt-System zu überarbeiten. In einem Aktionsplan hat sie das künftige Grundprinzip beschrieben: Die MwSt fließt in das Land, in dem die Waren und Dienstleistungen genutzt werden. Bis zum kommenden Jahr will die Kommission konkrete Gesetzesvorschläge machen.

EIN- UND AUSREISE VON NICHT-EU-BÜRGERN

## Neue Datenbank soll Kontrollen einfacher und effizienter machen

Die Grenzbeamten in der EU haben derzeit eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe. Sie müssen sich einerseits um die vielen ankommenden Schutzsuchenden und Asylbewerber kümmern, aber auch um die Menschen, die mit regulären Papieren in den Schengen-Raum ein- oder aus ihm ausreisen wollen. In Zeiten hoher Terrorgefahr ist es dabei besonders wichtig, etwa an deutschen Flughäfen Personen zu erkennen, die in anderen EU-Staaten schon Einreiseverbote haben, die eventuell aus Krisengebieten wie Syrien zurückkehren, oder zu erkennen, ob sich jemand schon länger in der EU aufhält, als er darf. Um den Grenzbeamten zu helfen, hat die EU-Kommission vorgeschlagen, eine neue zentrale Datenbank mit Informationen über die Ein- und Ausreise aufzubauen.



Das Prüfen von Reisedokumenten ist manchmal eine schwierige Aufgabe, die durch technischen Hilfsmittel erleichtert werden kann.

> „Damit schließen wir nun eine große Lücke in unseren Informationssystemen und ergreifen konkrete Maßnahmen, um unsere Grenzen im Hinblick auf die stetig steigende Zahl von Reisenden, die in die EU kommen, solider, intelligenter und effizienter zu machen“, sagte Dimitris Avramopoulos, Kommissar für Migration und Inneres. Das unzuverlässige und zeitaufwendige System des Passabstempeln werde durch ein moderneres Management der Außengrenzkontrollen ersetzt.

Die Kommission strebt ein System der Ein- und Ausreise an, bei dem alle Nicht-EU-Bürger, die für einen maximal 90-tägigen-Kurzaufenthalt in den Schengen-Raum einreisen dürfen, in einer zentralen Datenbank nach einheitlichen Standards registriert werden sollen. Diese Datenbank soll auch mit dem bestehenden EU-Visainformationssystem abgeglichen werden können. Zugriff auf die Daten sollen die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten sowie die EU-Polizeibehörde Europol erhalten.

In die Datenbank sollen Name des Reisenden, Reisedokument, biometrische Daten (vier Fingerabdrücke sowie ein Gesichtsbild) sowie Zeitpunkt und Ort der Ein- und Ausreise eingegeben werden. Auf diese Weise könnten auch Personen ermittelt werden, die die zulässige Aufenthaltsdauer überschritten hätten, erklärte die Kommission. Auch Personen, denen die Einreise verweigert wurde, sollen in dem System gespeichert werden.

### Stempel sollen überflüssig werden

Über 200 Millionen Grenzübertritte durch Nicht-EU-Bürger wurden allein 2015 an den EU-Außengrenzen gezählt. Die elektronische Kontrolle soll Grenzbeamten und Reisenden das Leben leichter machen. Bisher müssen sich die Beamten oft lange mit Papierdokumenten befassen, die auf ihre Echtheit geprüft werden müssen und auf denen Ein- und Ausreisetempel verwischt oder schwer lesbar sein können. Das elektronische Verfahren soll hingegen schneller und verlässlicher sein. Die Reisenden könnten auch bereits an Automaten mit dem Einlesen von Daten und dem Beantworten von Fragen beginnen, bevor sie zum Grenzbeamten kommen. Dieser könne sich dann auf solche Fragen konzentrieren, die nach der automatischen Kontrolle noch offen seien, so die Kommission.

### Vorkehrungen für Datenschutz

Europäische und nationale Datenschutzbehörden sollen dem Vorschlag der EU-Kommission zufolge darüber wachen, dass EU-Datenschutzprinzipien beim Betrieb des neuen Ein- und Ausreisesystems eingehalten werden. Reisende sollen das Recht auf Einsicht, auf Berichtigung und gegebenenfalls Löschung ihrer Daten haben. Für den Aufbau des Systems veranschlagt die Kommission Kosten von rund 480 Mio. Euro.

Wenn das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten dem Verordnungsvorschlag zustimmen, könnte die neue zentrale Datenbank 2020 einsatzbereit sein. Sie würde andere, bestehende Systeme ergänzen wie das Schengen-Informationssystem (SIS), die Fingerabdruckdatenbank Eurodac, das EU-Visainformationssystem, die Europol-Datenbank über verlorene und gestohlene Reisedokumente oder die Datenbank mit Informationen über in der EU ankommende Flugpassagiere.

### Diskussion über bessere Vernetzung

Parallel zu ihrem Gesetzesvorschlag hat die Kommission eine Diskussion darüber angestoßen, wie diese Systeme am besten verknüpft und Informationslücken geschlossen werden können. Die Terroranschläge in der EU hätten gezeigt, dass dies nötig sei, sagte Avramopoulos. Eine Expertengruppe soll sich zunächst Gedanken über eine zeitgemäße Datenverwaltung machen.

„Es geht hier nicht darum, die EU zu einem Überwachungsstaat zu machen, sondern um den intelligenten, verhältnismäßigen und genau geregelten Zugang zu Informationen, den unsere Grenz- und Sicherheitsbehörden benötigen, um ihrer Aufgabe nachzukommen, uns und die Freiheiten, die wir verteidigen, zu schützen“, sagte Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission. (frh/ste) >

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1247\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1247_de.htm)

## Kiel treibt Energiewende mit europäischer Unterstützung voran



EFSI-Garantien tragen zum Beispiel dazu bei, dass öffentlich geförderte Wohnungen renoviert werden können und danach mit weniger Energie auskommen.

> EFSI ist das Herzstück der EU-Investitionsinitiative, die private Geldgeber zu Investitionen in wichtige Projekte motivieren soll, an die sie sich ohne die EU-Garantien nicht herantrauen würden. Innerhalb von drei Jahren sollen so Investitionen von mindestens 315 Mrd. Euro mobilisiert werden. „Unser Fonds hilft dabei, neue Behandlungsmethoden für Alzheimer zu entwickeln, alte Industrieanlagen in neue Büros zu transformieren, unsere Häuser energieeffizienter zu machen und unsere Stromrechnungen zu verkleinern oder Unternehmensgründer zu unterstützen, die von anderen Kreditgebern weggeschickt wurden“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei der hochrangig besetzten Konferenz „Europa als Investitionsstandort“ in Brüssel. Dabei ging es darum, den rund 1.000 Teilnehmern die Möglichkeiten von EFSI zu verdeutlichen und über erste Erfahrungen mit dem 2015 eingerichteten Fonds zu berichten. Dank

### Schon über 76 Mrd. Euro mobilisiert

Bis März gab es EU-weit bereits 54 Infrastruktur- und Innovationsprojekte sowie über 150 Vereinbarungen zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die durch EFSI mit 10,6 Mrd. Euro Garantien unterstützt werden. Dadurch sollen Gesamtinvestitionen von 76,1 Mrd. Euro mobilisiert werden. 1,1 Mrd. Euro davon dürften auf Deutschland entfallen, wo vier Projekte und zehn KMU-Finanzierungsvereinbarungen gefördert werden. Über 5.400 Arbeitsplätze sollen dadurch in Deutschland entstehen.

EFSI könnten etwa Städte erneuert und Gesundheitsversorgung, digitale Infrastruktur oder umweltfreundliche Energiequellen ausgebaut werden, sagte Juncker.

So wie in Kiel. „Das Gasmotorenheizkraftwerk ist unser Beitrag zur Energiewende“, erklärte Jörg Teupen, Technik-Vorstand der Stadtwerke Kiel zu dem Projekt. „Nicht nur, dass es zur Netzstabilität beiträgt, auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird sich gegenüber dem bisher betriebenen Kohlekraftwerk erheblich verringern. Und es ist unsere zukunftsfähige Basis für die Wärme- und Stromversorgung der Region.“ Aus dem Stillstand soll das Kraftwerk in weniger als fünf Minuten auf die Nennleistung von 190 Megawatt angefahren werden können und gleichzeitig einen Fernwärmebedarf von 192 Megawatt thermisch erzeugen. Überschüssige Wärme soll in einem Wärmespeicher eingelagert werden.

### EIB-Siegel zieht private Geldgeber an

An etliche Projekte trauten sich private Geldgeber erst heran, wenn sie von den Experten der Europäischen Investitionsbank als solide bewertet seien und EFSI Verlustrisiken der privaten Investoren durch Garantien zum Teil abpuffere, sagte EIB-Präsident Werner Hoyer bei der Konferenz in Brüssel. Deshalb sei die Beratung von Investoren und Projekteplanern durch EIB-Experten ein so wichtiger Teil der EU-Investitionsinitiative.

Ein weiteres Beispiel dafür, welche Projekte EFSI ermöglichen kann, lieferte bei der Konferenz José Lopez, Finanzdirektor von POSIT'IF. Das

In Kiel arbeitet man an der Energiewende. Ein über 40 Jahre altes Kohlekraftwerk soll durch ein Gasmotorenheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt werden, das die Stadtwerke Kiel am Ostufer der Förde in Kiel-Dietrichsdorf bauen wollen. Das moderne Kraftwerk kann so schnell an- und abgeschaltet werden, dass es die schwankenden Mengen des in der Region reichlich durch Windkraft erzeugten Stroms je nach Bedarf ergänzen kann. Im März genehmigte die Europäische Investitionsbank (EIB) die Unterstützung des Projekts durch Garantien von über 100 Mio. Euro aus dem bei der EIB angesiedelten Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI).

Unternehmen, mehrheitlich kontrolliert von der französischen Region Ile de France und einigen Kommunen, kümmert sich um die Verbesserung der Energiebilanz öffentlicher Wohnungen. Viele Mieter seien arbeitslos oder hätten wirtschaftliche Probleme, deshalb könnten sie sich größere Renovierungen nicht leisten und Umbauten, die den Energieverbrauch in den Gebäuden deutlich senkten, seien nur mit öffentlicher Unterstützung möglich, sagte Lopez. Die Garantien des EFSI hätten eine „entscheidende Rolle“ gespielt, um an Kredite für Projekte zu kommen.

### Kein Mangel an Ideen und Geld

Kompliziert sei die Zusammenarbeit mit dem neuen Fonds nicht gewesen. Die EFSI-Unterstützung sei in „weniger als zwei Monaten“ ausgehandelt worden, so Lopez. Wilhelm Molterer, Geschäftsführender Direktor von EFSI, sagte, Anträge auf Förderung durch den Fonds bedeuteten keine zusätzlichen bürokratischen Lasten. EFSI arbeite im Hintergrund, die Projektträger hätten mit Ansprechpartnern in der EIB zu tun, die Chancen und Risiken der vorgeschlagenen Projekte prüfen.

Juncker ermutigte die Konferenzteilnehmer, die neuen Finanzierungsmöglichkeiten zu nutzen. „Wir wissen, dass gute Projekte auf Finanzierung warten, und wir wissen, dass Finanzmittel auf gute Projekte warten“, sagte er. Die Europäer sollten es daher auch nicht am Ehrgeiz mangeln lassen, ihre Projekte zu verwirklichen. (frh) >

[https://ec.europa.eu/germany/news/juncker-wirbt-f%C3%BCR-eu-investitionsinitiative\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/juncker-wirbt-f%C3%BCR-eu-investitionsinitiative_de)



DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 15.04.2016 11.45–16.30 Uhr	„Europa ein Zuhause geben. Ein Planspiel zur Europäischen Kulturpolitik.“ Planspiel  Veranstalter: EUNIC Berlin	Station Berlin am Gleisdreieck Luckenwalder Straße 4-6 10963 Berlin	<a href="http://berlin.eunic-online.eu/?q=de/content/planspiel-europa-ein-zuhause-geben">http://berlin.eunic-online.eu/?q=de/content/planspiel-europa-ein-zuhause-geben</a>
> 15.04.2016 17.30–19.30 Uhr	„Quo vadis Europa – wie geht's weiter?“ Bürgerforum „Europa kontrovers“  Veranstalter: Europe Direct Informationszentren Brandenburg a.d. Havel, Europa-Union Havelland	Marie-Curie Gymnasium Marie-Curie-Straße 1 14624 Dallgow-Döberitz	<a href="http://www.europe-direct-stadt-brandenburg.eu/">www.europe-direct-stadt-brandenburg.eu/</a>
> 17.04.2016 10.30 Uhr	„Die Europäische Union: vor dem Scheitern oder vor der Vertiefung?“ Vortrag und Diskussion (kostenpflichtig)  Veranstalter: Urania, Friedrich-Ebert-Stiftung	Urania Berlin e. V. An der Urania 17 10787 Berlin	<a href="http://urania.de/die-europaeische-union-vor-dem-scheitern-oder-vor-der-vertiefung">http://urania.de/die-europaeische-union-vor-dem-scheitern-oder-vor-der-vertiefung</a>
> 19.04.2016 18.30 Uhr	„Die EU zwischen Solidarität und nationalen Interessen“ Podiumsdiskussion  Veranstalter: Europabüro Nürnberg	Historischer Rathaussaal Rathausplatz 2 90403 Nürnberg	<a href="http://www.nuernberg.de/internet/eu_buero/aktuell_46128.html">www.nuernberg.de/internet/eu_buero/aktuell_46128.html</a>
> 19.04.2016 17.00–20.00 Uhr	„EU-Förderung für Engagement und Partizipation in Europa“ Vortrag  Veranstalter: Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	Haus der Kultur Weberstraße 61 53113 Bonn	<a href="http://www.europatermine.de/">www.europatermine.de/</a>
> 21.04.2016 19.30–21.30 Uhr	„Was passiert in Polen?“ Das EU-Mitgliedsland Polen und seine besonderen Beziehungen zu Deutschland und Rhein-Main Vortrag und Diskussion  Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Landeshauptstadt Wiesbaden/ Rheingau-Taunus	Hochschul- und Landesbibliothek Rheinstraße 55-57 65189 Wiesbaden	<a href="http://www.europatermine.de/termine/datum/2016/april/21/termin/einzel/was_passiert_in_polen.html">www.europatermine.de/termine/datum/2016/april/21/termin/einzel/was_passiert_in_polen.html</a>
> 21.04.2016 19.00 Uhr	„Israel und die EU – Eine schwierige Partnerschaft“ Vortrag und Diskussion mit Günter Verheugen  Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28/29 10178 Berlin	<a href="http://schwarzkopf-stiftung.de/events/israel-und-die-eu-eine-schwierige-partnerschaft/">http://schwarzkopf-stiftung.de/events/israel-und-die-eu-eine-schwierige-partnerschaft/</a>
> 22.04.2016 19.00–21.30 Uhr	„Europa: Von Grenzen und Gemeinsamkeiten. Zustand und Perspektive der Europäischen Union“ Podiumsdiskussion  Veranstalter: KölnAlumni - Freunde und Förderer der Universität zu Köln e.V.	Aula der Universität zu Köln Albertus-Magnus-Platz 1 50923 Köln	<a href="http://www.koelnalumni.de">www.koelnalumni.de</a>
> 28.04.2016 18.00 Uhr	„Meine Daten - Meine Wahl! Was bringt uns die Europäische Datenschutzreform?“ Vortrag mit Filmvorführung „Democracy. Im Rausch der Daten“  Veranstalter: Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin	Humboldt-Universität zu Berlin Auditorium Maximum Unter den Linden 6 10117 Berlin	<a href="http://www.hiig.de/">http://www.hiig.de/</a>
> 28.04.2016 19.00–21.00 Uhr	„Historisches Erbe, schwere Erfahrungen und moderne Dynamik: Europäische Stadtentwicklung am Beispiel von Lodz“ Informationsveranstaltung  Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum	Hospitalhof Büchsenstraße 33 70174 Stuttgart	<a href="http://www.europatermine.de/">www.europatermine.de/</a>

## IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

## Herausgeber:

## Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

## Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

## Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

## Redaktion &amp; Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

## Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



## Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## NEUES ANGEBOT DER VERTRETUNG DER EU-KOMMISSION

**In Bonn wird Europa auf den Punkt gebracht**

Wie importiere ich acht Wochen alte Hundewelpen nach Deutschland? Muss ich als Hersteller von Kaffeeweiß-Sticks ein Mindesthaltbarkeitsdatum auf die kleinen Tütchen drucken? Wo und wie kann ich Fördergelder für die Flüchtlingshilfe beantragen? Mit allen Fragen zur EU können sich Interessierte jetzt an den Europa-Punkt wenden, den die Bonner EU-Vertretung am 28. April offiziell eröffnet. Er soll Anlaufstelle für alle

Bürgerinnen und Bürger, Schulen und Organisationen sein.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des „Europa Punkts“ beantworten Fragen, helfen mit Informationsmaterial und vermitteln Ansprechpartner. Sie können auch gruppenspezifische Programme zusammenstellen - der Schwerpunkt liegt dabei auf der Wissensvermittlung an junge Menschen. Erreichen kann man den Europa Punkt künftig über die Telefonnummer 0228 – 53009-57 oder über folgende Webseite:

■ [https://ec.europa.eu/germany/europapunkt-bonn\\_de](https://ec.europa.eu/germany/europapunkt-bonn_de)

## JAHRESBERICHT DER DEUTSCHEN VERTRETUNG DER EU-KOMMISSION

**Auf den Spuren der EU-Politik in Deutschland**

Wie die Europäische Union aussieht, wird nicht nur in den EU-Institutionen in Brüssel entschieden, sondern alle Mitgliedstaaten und auch die Städte und Dörfer in Deutschland gestalten mit. Als Verbindungsglied zwischen den Kommunen vor Ort und Brüssel, Straßburg und Luxemburg agieren die Vertretungen der EU-Kommission in den Mitgliedstaaten. Die deutsche Vertretung hat nun ihren Jahresbericht 2015 vorgelegt, der einen Rückblick auf 2015 und einen Ausblick auf die wichtigen Handlungsfelder europäischer Politik 2016 gibt.



Dass Europa auch ganz nah sein kann, zeigt das Kapitel zu den Aktivitäten der Vertretung auf Bürgerfesten, in Diskussionsrunden, Landtagen und in Schulen sowie der Überblick über die Präsenz der Vertretung in den Sozialen Medien. Der Bericht ist auf der folgenden Seite abrufbar:

■ [http://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/eu\\_jahesbericht\\_2015\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/eu_jahesbericht_2015_de.pdf)

EU STELLT 1,6 MIO. EURO BEREIT  
**Kulturprojekte zur Integration von Flüchtlingen gefördert**

Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle für die Integration von Flüchtlingen. Kultur und Film können Brücken bauen und dazu beitragen, dass sich die Bevölkerung der Aufnahmeländer und die Ankommenden besser verstehen. Die EU-Kommission ruft nun interessierte Organisationen aus dem Kultur- und Bildungsbereich auf, bis zum 28. April grenzübergreifende Projekte vorzuschlagen, die mit insgesamt 1,6 Mio. Euro aus dem EU-Programm „Kreatives Europa“ unterstützt werden können.

Gefördert werden sollen etwa Projekte, die Flüchtlingen helfen, Kontakte zu knüpfen und sich auszudrücken, auch wenn sie die Sprache des Aufnahmelandes noch nicht gut beherrschen. Auch Vorhaben, die gegenseitiges Verständnis und Respekt fördern, demokratische Werte vermitteln und EU-Bürgern die Möglichkeit geben, Werte und Kultur der Schutzsuchenden besser zu verstehen, können unterstützt werden. Projekte müssen von mindestens drei Organisationen aus wenigstens zwei Mitgliedstaaten getragen werden. Die Zuschüsse sollen zwischen 100.000 und 200.000 Euro betragen.

■ [https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/ce\\_ref\\_call\\_de.pdf](https://eacea.ec.europa.eu/sites/eacea-site/files/ce_ref_call_de.pdf)

## EUROPÄISCHER LITERATURPREIS 2016

**Benedict Wells gehört zu den 12 Preisträgern**

Der deutsche Schriftsteller Benedict Wells gehört zu den zwölf Autoren, die in diesem Jahr mit dem Europäischen Literaturpreis ausgezeichnet werden. Der Preis wird von der EU-Kommission in Kooperation mit dem Verband Europäischer Verleger, dem Europäischen Buchhändlerverband und dem Europäischen Autorenrat an Nachwuchsautoren vergeben. Er ist mit 5.000 Euro dotiert und soll den Gewinnern helfen, über die eigene Landesgrenze hinaus bekannt zu werden, etwa durch die großen Buchmessen Europas, wie die in Frankfurt. Seit 2009 hat die EU auch die Übersetzung der Bücher von 56 Preisträgern in 20 europäische Sprachen finanziell unterstützt.

Der Literaturpreis wird jährlich an ein Drittel der 37 Länder vergeben, die sich am EU-Programm „Creative Media“ beteiligen. Somit darf in jedem Land eine nationale Jury alle drei Jahre einen Preisträger küren, der zwischen zwei

und vier Büchern veröffentlicht haben muss. Der 1984 geborene Benedict Wells hat bisher vier Romane vorgelegt, von denen „Becks letzter Sommer“ auch verfilmt worden ist.

■ <http://www.euprizeliterature.eu/>